



Altona nach vorne bringen - Pläne für die kommende Wahlperiode vorgelegt

Das „Beste für Hamburgs Westen“ bietet die Altonaer SPD den Wählern für den 24. Februar an. Bewusst verzichtet das Programm auf eine seitenlange Abrechnung mit der Senatspolitik auf Bezirksebene oder der schwarz-grünen Koalition und ihren geplatzten Träumen in Altona, sondern richtet den Blick nach vorn. Selbstbewusst wirbt die SPD für eine Bezirkspolitik, die natürlich auch Position bezieht zu großen Projekten wie dem Altonaer Zentrum rund um den Bahnhof oder zum Deckel über die Autobahn. Der Schwerpunkt liegt aber klar auf einer sozial ausgewogenen Politik in den Stadtteilen. Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur ein Thema für Koalitionen in

Berlin oder die Landespolitik, sie findet vor der Haustür statt. Immer wieder hatte die SPD-Bezirksfraktion auf Fehlentwicklungen in Altona hingewiesen. Viel zu häufig hat sich die schwarz-grün dominierte Bezirkspolitik in den letzten Jahren auf große Projekte fokussiert. Immer aktuell, aber leider auch ohne langfristiges Konzept. „Wir wollen einen Trendwechsel und die Lebenssituation in den Stadtteilen in den Mittelpunkt stellen. Die Kita, die Jugend- oder Senioreneinrichtung um die Ecke, das Einkaufen im Stadtteil, die Sicherheit an der nächsten Kreuzung oder die Grünanlage vor der Tür haben für viele Menschen weit größere Bedeutung als ein kommerzieller Sportpark oder ein

neues Hotel an der Elbe. Wir wollen dies nutzen und für mehr Beteiligung an politischen Entscheidungen sorgen. Dazu gehört die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ein lebendiges Parlamentsgeschehen in der Bezirksversammlung, vor allem aber eine Selbstbindung im Hinblick auf Bürgerentscheide“, erläuterte Thomas Adrian, Fraktionsvorsitzender und erneuter Favorit der SPD auf Listenplatz 1. Stadtplanung, Verkehrs-, Umwelt- und Klimapolitik will die neue Fraktion mit einem Leitbild für ein modernes und zukunftsorientiertes Altona entwickeln. Nicht als Hochglanzbroschüre zum Abholen, sondern im Dialog mit Altonaerinnen und Altonaern. Die guten Erfahrungen aus der so-



zialen Stadtteilentwicklung in Lurup und am Osdorfer Born sollen aufgegriffen und zu einer beständigen Bürgerbeteiligung werden, auch in neu geförderten Gebieten, wie Altona-Altstadt oder Iserbrook. Engagement vor Ort soll schnell erlebbar werden, sei es durch Bürgerhäuser in Blankenese und am Osdorfer Born, den Erhalt von Bücherhallen, Natur und Angebote für den Freizeitsport im Volkspark oder Schutz den von traditionellen Wohngebieten.

Thomas Adrian



SPD frischt Homepage auf

Die Altonaer SPD-Fraktion hat jetzt ihr Internetangebot überarbeitet und optisch aufgefrischt. Unter www.spdfraktionaltona.de präsentiert sie pünktlich zum Jahresanfang das Internetportal im neuem zeitgemäßen Gewand.

Die Abgeordneten im Kurzprofil, Anträge und Initiativen der SPD-Fraktion sowie ein umfassendes Archiv sind nur drei Punkte, die über die Arbeit der Fraktion informieren. Viel Spaß beim Suchen und Finden!

Pflegeprobleme mit den öffentlichen Grünanlagen in Altona



Statue im Jenischpark. Grün, Kultur und wirtschaftliche Nutzung stehen in einem unauflösbaren Konflikt. Im Süden des Parks will Airbus ein Parkhaus bauen. Puristen finden, dass es lediglich einen Ersatz der bestehenden Parkpalette geben darf.

Die Altonaer Park- und Bürgervereine haben sich zum Jahresende an die Fraktionen der Bezirksversammlung gewandt und in einem 9-Punkte-Katalog Forderungen zur Verbesserung des Pflegezustandes der Altonaer Parks aufgestellt. Die geschilderten Missstände sieht die SPD-Fraktion genauso: ungepflegte Grünanlagen, unsachgemäßer Umgang mit historischen Ensembles, wirtschaftliche Verwertung von Teilen von Parks ohne ausreichende Berücksichtigung des historischen Umfeldes - diese Entwicklung geht zum Teil auf das Konto fehlender personeller und finanzieller Ausstattung der zuständigen Fachverwaltung, aber auch der

organisation, die zu einer Verringerung der fachlichen Qualifikation sowie zu einer Unterordnung der Grünbelange unter andere Interessen geführt hat. Daher findet der 9-Punkte-Katalog die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, jede der aufgeführten Forderungen ist der Sache angemessen, im Prinzip auch umsetzbar und entspricht der SPD-Bezirkspolitik der letzten Jahre. Die kürzlich beschlossenen Programme der SPD in Hamburg und in Altona nehmen diese Problematik bereits auf, wenn auch in verkürzter Form.

Der erste Umsetzungsschritt könnte sein, diese 9 Punkte zu übersetzen einerseits in ein von der Bezirksversammlung zu

verabschiedendes Programm, welches Verwaltung und Politik in der nächsten Legislaturperiode bindet, und andererseits in entsprechende Haushalts- und Organisationsbeschlüsse, sowohl auf Bezirks- wie auch auf Landesebene. Angesichts des Endes der Legislaturperiode ist die SPD-Fraktion allerdings skeptisch, ob der erste Schritt noch in der einzigen verbleibenden Bezirksversammlung am 31. Januar 2008 erfolgen kann. In der jeweils letzten Bezirksversammlung werden keine neuen zukunftsweisenden Beschlüsse mehr gefasst. Die SPD plant deshalb, eine solche Beschlusslage für den Beginn der nächsten Legislaturperiode vorzubereiten.

Thomas Adrian

Birte Pusback verlässt Altona



Birte Pusback, promovierte Denkmalschutzexpertin aus Ottensen, hatte sich als Kulturpolitikerin einen Namen gemacht.

Kurz vor der Wahl gibt es in der SPD-Fraktion Altona noch einmal einen Wechsel. Dr. Birte Pusback (35), Kunsthistorikerin aus Ottensen, verließ zum Jahreswechsel die Hansestadt. Seit Anfang Januar ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Denkmalpflege und Bauforschung im Department Architektur der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH). Das Mandat in

der Bezirksversammlung musste sie notgedrungen auch aufgeben. Für sie rückt Uwe Lorenz aus Bahrenfeld nach.

Die ETH steht im Ruf, „Eliteuni“ zu sein, die sich noch nicht einmal so zu nennen braucht. Wie Dr. Pusback aber versicherte, sind die Kollegen trotz Stipendien, Preisen und Auslandsstudien „ganz normal und nett und kochen auch nur mit Wasser“. Birte Pusback startete im November 2001

im Sanierungs- und im Kulturausschuss und rückte im Januar 2002 in die Bezirksversammlung nach. Seitdem vertrat sie ununterbrochen als Abgeordnete den Stadtteil Ottensen und arbeitete bis zuletzt als stellvertretende Vorsitzende in der SPD-Fraktion mit.

Die Redaktion dankt Ihr für die geleistete Arbeit und wünscht ihr beruflich und persönlich viel Erfolg!

Stefan Krappa

Nichtraucherschutz im Rathaus Altona: Jetzt wird Ernst gemacht

Rauchen im Rathaus wird deutlich unattraktiver. Seit 1. Januar 2008 ist laut Hamburgischen „Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in der Öffentlichkeit“ das Rauchen auch in Gebäuden der Bezirksverwaltung und allen sonstigen Einrichtungen von Trägern öffentlicher Verwaltung verboten. Ausnahmen vom Rauchverbot sind gesetzmäßig definiert,

das heißt, es können abgeschlossene Räume eingerichtet werden, in denen das Rauchen gestattet ist. Voraussetzung hierfür ist, dass die Räume baulich so abgetrennt werden, dass eine Gefährdung anderer durch Passivrauchen ausgeschlossen wird und die Raucherräume belüftet und ausdrücklich gekennzeichnet werden. Nach einer verwaltungsinternen Entscheidung

wird das Rauchverbot in den Dienstgebäuden des Bezirksamtes Altona umgesetzt. Die jetzige Raucherzone im Rathaus im Keller vor dem Fahrstuhl wird aufgelöst und ein Raucherraum im 3. OG des Rathauses im Frühjahr / Sommer 2008 eingerichtet. Die „Raucherzonen“ an den Ein-/Ausgängen des Rathauses bleiben erhalten.



Nichtraucher und Planungsausschussvorsitzender Peter Wenzel (CDU) greift durch und will Parteikollege Sven Hielscher mit technischen Hilfsmitteln das Rauchen im Kollegiensaal abgewöhnen

Kreuzung Mörkenstraße/Königstraße: Grün auf Bestellung für die Feuerwehr?

Menschen in Not wollen schnelle Hilfe von Feuerwehr und Polizei. Ein Martinshorn vor dem Schlafzimmerfenster stört aber auch den tiefsten Schlaf. Im Kreuzungsbereich Königstraße/Mörkenstraße entsteht so zusätzlicher Lärm durch Einsatzfahrzeuge von Polizei und Feuerwehr, der die Anwohner besonders am Wochenende und in den Abend- und Nachtstunden plagt. Bei fast allen Einsätzen der Polizei- und Feuerwehrwache Mörkenstraße, bei denen Fahrzeuge in Richtung St. Pauli/Reeperbahn und in Richtung Fischmarkt fahren, wird beim Durchfahren der Ampelanlage das Signalhorn eingeschaltet. An diesem ohnehin durch Verkehr

stark belasteten Bereich liegen sieben Mehrfamilienhäuser und ein Hochhaus mit 80 Wohneinheiten im unmittelbaren Kreuzungsbereich. Die SPD-Fraktion hat jetzt nach Anwohnerbeschwerden bei der Innenbehörde nachgefragt, ob es technische Möglichkeiten gibt, diese zusätzliche Lärmbelastung für Anwohner zu vermeiden, z. B. indem Polizei und Feuerwehr die Ampelschaltung in Richtung Süden direkt ansteuern und sich Grün holen. Die Behörde hat dazu geantwortet, dass es bei der Feuerwehr Vorrangschaltungen für Ampeln, die in unmittelbarer Nähe zu einer Feuerwehr- und Rettungswache liegen, gibt. Sie dienen dazu, den Einsatzfahrzeugen beim Verlassen der Feuer- und Ret-

tungswachen „einen unmittelbaren, zeitgerechten und sicheren Zugang zu den direkt angrenzenden Hauptverkehrsverbindungen zu ermöglichen und erhöhen dadurch die Sicherheit der Einsatzkräfte beim Ausrücken“. Zu finden bei den Feuer- und Rettungswachen Innenstadt, Stellingen, Wandsbek, Barmbek, Billstedt, Bergedorf und Süderelbe. Für die Polizei gibt es keine Vorrangschaltungen. Bei der Behörde für Inneres bestehen leider derzeit keine Planungen für weitere Anlagen. Die SPD-Fraktion wird daher jetzt die Bürger vor Ort dazu befragen, ob die Kreuzung Königstraße/Mörkenstraße nicht ebenfalls umgerüstet werden soll.

Stefan Krappa



Altonas Sportplätze in schlechtem Zustand SPD mahnt Stellennachbesetzung an



Weil die Konditionen einer Übernahme der Sportplätze in Eigenregie für die Vereine schlecht sind, kommt die CDU-Reform nicht voran. Betroffen ist u.a. der Platz von FC Teutonia 05 an der Kreuzkirche in Ottensen

Für 20 Sportplätze auf Altonaer Gebiet sind die Platzwarte des Bezirks verantwortlich. Dennoch sind im Bezirksamt nur sechs der neun Planstellen besetzt. Besonders angespannt ist die Situation im Winter. Da in den Sommermonaten jeder Platzwart gebraucht wird, kommen jetzt die Urlaubszeiten hinzu. Die Angestellten schieben eine Bugwelle von Überstunden vor sich her. Da der Winter den Plätzen zugesetzt hat, wäre Platzpflege gerade jetzt

nötig. Offenbar stellt sich die Stadt auf den Standpunkt, dass die Plätze sowieso bald an Vereine übergeben werden. Das Senatskonzept, die Sportplätze in Vereinsobhut pflegen zu lassen, sei aber sowieso fast schon gescheitert, weil die Konditionen nicht stimmten. Der aktuelle Fehlbestand an Platzwarten ist nicht hinzunehmen. Schon gar nicht, wenn man die Plätze möglicherweise in akzeptablem Zustand an Vereine übergeben will. Damit über-

haupt Spielbetrieb möglich ist, müssten mehrere Vereine in diesen Wochen ihre Plätze in Eigenarbeit pflegen. Genau das ist ihnen aber verboten. In diesem Zusammenhang wird die SPD auf der nächsten Sitzung der Bezirksversammlung den Antrag stellen, mit der Besetzung der freien Planstellen umgehend zu beginnen. Eventuell kämen dafür auch Mitarbeiter aus dem Kreise der LBK-Rückkehrer infrage.

Dr. Frank Toussaint

Mieter ohne Haus? Senat verweigert Finanzierung für Osdorfer Bürgerhaus



Osdorf ist Teil des Programms Aktive Stadtteilentwicklung. Der Bau eines Bürgerhauses in der Bornheide ist im Bezirk unstrittig.

Es war zu schön um wahr zu sein! In seltener Einmütigkeit hatten sich im September 2007 alle Fraktionen der Bezirksversammlung für den Bau eines Bürgerhauses am Osdorfer Born ausgesprochen.

Grundlage dafür war ein Konzept, welches einen Neubau an der Bornheide 76 vorsieht, der Platz für das bislang benachbarte Spielhaus, verschiedene Vereine und Institutionen sowie gemeinsame Aktivitäten der Nachbarn bietet. Trotz der riesigen Bauten am Osdorfer Born fehlt ein solches Angebot bisher. Das Projekt hat daher für die Borner absolute Priorität und soll nach dem Willen der Bezirkspolitik 2009 realisiert werden. Sogar die Ausschreibung - sprich Bewerbung -

für den künftigen Träger des Hauses wurde schon gestartet.

Was fehlt, sind rund 900.000 Euro für den Bau. Auf den ersten Blick nicht gerade wenig Geld, in Wirklichkeit aber im großen Haushalt der Stadt eine kleine Summe, bedenkt man, was der bis Ende Februar noch amtierende Senat für seine „Leuchttürme“ ausgeben will.

Dennoch verweigern die Behörden eine Zusage. Die SPD-Fraktion Altona will Bürgermeister Ole von

Beust daher in die Pflicht nehmen. In einem Antrag für die letzte Bezirksversammlung Ende Januar fordern wir von Beust auf, das Bürgerhaus zur Chefsache zu machen und die fehlenden Euros bis Ende Februar bereitzustellen. Bis dahin liegen auch die Bewerbungen für die Trägerschaft vor. Eine absurde Situation: die Mieter stehen vor der Tür, was fehlt, ist das Haus!

Thomas Adrian

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Thomas Adrian, SPD-Fraktion Altona, Max-Brauer-Allee 20, 22765 Hamburg, Tel. 040/3 89 5 32, Fax 040/38 61 56 43, info@spdfraktionaltona.de
www.spdfraktionaltona.de; Redaktionelle Bearbeitung, Layout, Fotos: Stefan Krappa

Milieuschutz für den Blankeneser Hang

Die öffentliche Plandiskussion im Dezember 2007 hat es gezeigt: der großen Mehrheit der Blankeneser ist Milieuschutz in ihrem Treppenviertel wichtig. Auch wenn einige am liebsten nach dem Motto leben: Alles bleibt so wie es ist, ausgenommen sind natürlich mein Haus und mein Grundstück und dann von versteckter Enteignung sprechen.

Um was geht es? Das Hanggebiet von Blankenese ist eines der ältesten Siedlungsgebiete im Hamburger Raum. Bauliche Zeugnisse aus drei Jahrhunderten konzentrieren sich im Treppenviertel in engster Nachbarschaft und geben dem Blankeneser Elbhang sein unverwechselbares Milieu.

Die unverfälschte Erhaltung und die harmonische und sensible Eingliederung heutiger Bauformen ist das Anliegen von Milieuschutz der Altonaer SPD und dies in ständiger Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Seit Ende der achtziger Jahre arbeiten wir in diesem Verständnis von Milieuschutz in der Arbeitsgruppe Blankeneser Elbhang und im Bauausschuss. Bewertungsgrundlage waren und sind die Milieuschutzfibel, die Fachliche Weisung und diesbezügliche Gutachten. Kritisch wurde die Lage für den Milieuschutz im Treppenviertel mit Erlass der neuen Hamburger Bauordnung im April 2006. Als „Bauschleunigungsverordnung“ schließt sie vieles von einer Genehmigungspflicht aus und bietet so den Einstieg in milieu-

unverträgliche „Bausünden“ ganz neuer Art.

Die SPD-Fraktion hat die „Notbremse“ gezogen und in einer Doppelstrategie als kurzfristigen Milieuschutz eine Erhaltungsverordnung und als nachhaltigen die Aufstellung von Bebauungsplänen, mit der Möglichkeit, Milieukriterien festzulegen, beantragt.

Diese sinnvolle Vorgehensweise, die die alleinige Prüfung von Bauvorhaben nach Baustufenplänen ohne Milieuschutz in Verbindung mit der Hamburger Bauordnung unmöglich gemacht hätte, ist von der Koalition aus CDU und GAL aus leicht durchschau-baren Gründen abgelehnt worden. Im Ergebnis hat uns dies gezwungen, an der Grenze bestehenden Rechtes, völlig überstürzt und mit heißer Nadel gestrickt acht noch ausstehende Bebauungspläne zu erarbeiten und gezwungenermaßen in einer öffentlichen Plandiskussion vorzustellen.

Das Urteil der Blankeneser Bürgerinnen und Bürger: alles husch, husch und wenig qualifiziert. Nachsitzen und Hausaufgaben machen. Wir teilen dieses Urteil und verlangen im Rahmen der Auswertung der Plandiskussion Nachbesserung.

Hier unsere wesentlichen Forderungen:

➔ Eine Ausweisung eines gesamten B-Planes als Erhaltungsbereich ist auszuschließen. Einzelne Erhaltungsbereiche innerhalb eines B-Planes, Teilgebiete und Ensembles sind getrennt auszuweisen und qualifiziert im Textteil mit ihren milieuprägenden Elementen zu begründen.

➔ „Bausünden“ des letzten Jahrhunderts, wie zum Beispiel „Am Kiekeberg“, sind aus den B-Plänen herauszunehmen und müssen zukünftig nach § 34 Baugesetzbuch behandelt werden.

➔ Wichtige milieuprägende Merkmale des Treppenviertels wie Treppen, Wege, Geländer, prägende Bäume und Hecken müssen in Maß, Material und Art unter Erhaltungsgebot gestellt werden.

➔ Die Hangsicherungsproblematik ist in ihrer Bedeutung für Bau und Erweiterung darzu stellen.

➔ Verschiedene Vorschläge für weitere Baukörper und Geschosshausausweisungen halten wir für äußerst problematisch beziehungsweise für unzulässig.

Unser Appell an die Bürgerinnen und Bürger: Unterstützen Sie uns und erhalten Hamburgs schönstes Milieugebiet.

Wolfgang Kaeser



200 Bürger diskutierten im Dezember in der Aula des Gymnasiums Willhöden über die acht B-Pläne zum Blankeneser Hanggebiet. Solche formalen Anhörungen sind gesetzlich vorgeschrieben, genügen vielen Bürgern aber oft nicht, um politisch mitzuwirken.

